Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 33 (1953-1954)
Heft: 4

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

★ Politische Rundschau ★

Zur Lage

Eine wichtige Gesetzesvorlage, welche schon oft Anlaß zu lebhaftesten Auseinandersetzungen gegeben hat, ist in der Junisession der Bundesversammlung zur Erledigung gebracht worden. In der Schlußabstimmung über die Vorlage betreffend die *Durchführung einer beschränkten Preiskontrolle* hat sich in beiden Räten ein eindeutig positives Ergebnis gezeigt, indem der Nationalrat den Bundesbeschluß mit 93 zu 43 Stimmen, der Ständerat gar mit 35 zu 0 Stimmen angenommen hat. Wie zu erwarten war, entspricht das endgültige Resultat jener Fassung, welche der Nationalrat bereits früher angenommen hatte. Somit ist in den Bundesbeschluß eine ausdrückliche Muß-Vorschrift aufgenommen worden, welche die Lockerung der Mietpreiskontrolle zwar in ihrem Ausmaß dem Ermessen des Bundesrates überläßt, für die grundsätzliche Durchführung aber bestimmte Vorschriften aufstellt. Die Mietzinskontrolle ist demnach ab 1954 zu lockern, und zwar durch stufenweise, generelle Bewilligung von Mietzinserhöhungen. Das Ermessen des Bundesrates setzt bei den Vorbehalten ein, indem der Zeitpunkt und das Ausmaß der Erhöhungen unter Berücksichtigung der Entwicklung der Lebenshaltungskosten und der Einkommensverhältnisse festzusetzen sind. Entgegen einer Forderung aus Mieterkreisen sind diese Bewilligungen ohne Rücksicht auf den Leerwohnungsbestand vorzunehmen. Der Leerwohnungsbestand soll dagegen in den beiden anderen Fällen des maßgebenden Artikels berücksichtigt werden, nämlich bei der Freigabe einzelner Kategorien von Mietobjekten sowie bei der regionalen oder örtlichen Freigabe der Mieten. Man wird gesamthaft sagen müssen, daß wohl sehr weitgehende Vorsichtsmaßnahmen zu Gunsten der Mieter eingesetzt sind, so daß die Muß-Vorschrift ganz erheblich eingeschränkt erscheint. Die Kreise der freien Wirtschaft werden deshalb sehr genau darauf zu achten haben, wie der Bundesrat vom nächsten Jahre ab von seinen Kompetenzen Gebrauch macht, damit gegebenenfalls eine gar zu weitgehende Berücksichtigung der Vorbehalte vermieden wird. Diese Beachtung, die man der weiteren Entwicklung der Dinge in diesem Bereich schenken wird, rechtfertigt sich um so mehr, als aus dem Kreise des Schweizerischen Mieterverbandes gegen die Vorlage, wie sie nun bereinigt ist, schärfste Opposition angekündigt wurde. Man weiß auch, daß die Opposition in der Sozialdemokratischen Partei lebhaft ist. Immerhin macht es den Eindruck, als ob sich in diesem Bereiche einige Abbautendenzen abzeichnen wollten. So ist es bezeichnend, daß im Ständerat in der Schlußabstimmung keine einzige Gegenstimme abgegeben wurde, obwohl vier Sozialdemokraten im Rate sitzen. Einer von ihnen trat sogar für die Vorlage ein, ein zweiter enthielt sich der Stimme, während die beiden übrigen abwesend waren. Eine ähnliche Beobachtung konnte man bei der Schlußabstimmung im Nationalrat machen, wo sich mehr als ein Viertel der Sozialdemokraten entweder der Stimme enthielt oder abwesend war. Es ist an-

zunehmen, daß diese Einstellung in den beiden sozialdemokratischen Fraktionen bestimmte Schlüsse auf die fernere Taktik der Sozialdemokraten dieser empfindlichen Frage gegenüber zuläßt. Von dieser Seite wurde ursprünglich in recht massiver Weise mit dem Referendum gegen den nunmehr angenommenen Bundesbeschluß gedroht. Von diesem Referendum aber hört man heute bereits nichts mehr, wobei die Gründe auf der Hand liegen. Eine Ablehnung der Vorlage in der Volksabstimmung würde nämlich auf den Beginn des kommenden Jahres insofern ein Vakuum schaffen, als dann die Preiskontrolle überhaupt dahinfallen müßte. Käme es so weit, so bliebe dem Bundesrat kein anderer Weg, als den Erlaß eines dringlichen Bundesbeschlusses zu beantragen, und es wäre vorauszusehen, daß darin letzten Endes eben jene Vorschriften enthalten sein müßten, welche der nun bereinigten Vorlage entsprechen. Es ist freilich von sozialdemokratischer Seite später eine Initiative angekündigt worden, welche die Weiterführung des Mieterschutzes, d. h. dessen Verankerung in der Bundesverfassung, zum Gegenstand hätte. Es bleibt abzuwarten, ob die Partei sich zu diesem Schritte entschließen wird, nachdem, wie es scheint, in ihren Kreisen selbst deutlich abweichende Auffassungen zu Tage treten.

Die Vorlage über die *Neuordnung der Bundesfinanzen* hat in der Junisession nunmehr die Detailberatung im Ständerat passiert. Man wird dieser Vorlage nach wie vor in der Weiterentwicklung keine günstige Prognose stellen. In diesem Zusammenhang ist an das knappe Mehr zu erinnern, mit welchem der Beschluß im Nationalrat angenommen worden ist. Aus den Beratungen des Ständerates sind nun zahlreiche Differenzen zum Nationalrat entstanden, welche ihrem Charakter nach neue Schwierigkeiten erwarten lassen. Hier ist vor allem hervorzuheben, daß der Ständerat die sogenannte Ausgabenbremse in der Fassung des Bundesrates wieder hergestellt hat, während sie bekanntlich im Nationalrat auf den Antrag Reichling hin ausgesprochene Milderungen erfahren hatte. Ferner erfolgte, freilich mit einem Zufallsmehr, die Streichung der Ausgleichssteuer, welche der Nationalrat beschlossen hatte. Was die Grundpfeiler der Vorlage betrifft, so hat der Ständerat, in diesem Fall mit Stichentscheid des Präsidenten, die Warenumsatzsteuer und die Wehrsteuer gemeinsam auf 12 Jahre befristet, ein Verfahren, das seinerseits eher wieder auf der Linie des Nationalrates liegt. Der Ständerat hat die Vorlage in der Gesamtabstimmung mit 19 gegen 6 Stimmen bei zahlreichen Enthaltungen gutgeheißen. Wenn man damit das äußerst knappe Resultat im Nationalrat vergleicht und außerdem die verschiedenen Zufallsentscheide des Ständerates bei Einzelfragen in Betracht zieht, so wird man sich kaum zu einer guten Prognose entschließen können, besonders nach den wesentlichen Differenzen, die nunmehr zwischen den beiden Räten entstanden sind. Es wäre unter diesen Umständen vielleicht doch besser gewesen, der Ständerat hätte dem Antrag des Liberalen Albert Picot entsprochen, der vorgeschlagen hatte, auf die Vorlage nicht einzutreten und dem Bundesrat zu empfehlen, daß er die Vorschläge in Erwägung ziehe, welche in der bekannten Arbeit von Dr. A. Schaefer im Sinne des Ersatzes der direkten Bundessteuer enthalten sind. Wie übrigens die wirklichen Ziele liegen, welche sich die Sozialdemokratische Partei in dem Bereiche der Bundesfinanzreform und weiterer pendenter Vorlagen gesetzt hat, das ist wieder einmal eindeutig aus einer Erklärung eines prominenten Sozialdemokraten hervorgegangen. An einer jüngst stattgefundenen Delegiertenversammlung der Sozialdemokratischen Partei der Stadt Zürich äußerte sich der lokale Parteipräsident, Nationalrat Dr. Willy Spühler, wie folgt:

«In der Arbeiterschaft wird erwartet, daß die Sozialdemokratie die Führung erringe, um diese Probleme (Bundesfinanzreform, Mietpreiskontrolle, Ausbau der Sozialversicherung) im Sinne einer grundsätzlichen sozialistischen Wirtschaftsauffassung einer Lösung entgegenzuführen.»

Man hat es seinerzeit in manchen Kreisen nicht als angemessen empfunden, daß sich der Bundesrat in der Frage der *Beteiligung der Schweiz an den Kontrollaufgaben in Korea* eine gewisse Zurückhaltung auferlegt hat. Dazu wird man nachträglich nun feststellen können, daß diese Zurückhaltung doch wohl weitgehend begründet gewesen ist. Dies hat sich aus den Entwicklungen einwandfrei ergeben, welche im späteren Lauf der Dinge in diesem Bereiche eingetreten sind. Man kann es deshalb nur begrüßen, daß die amtlichen Stellen in Bern große Vorsicht üben, sobald Probleme auftauchen, welche geeignet sind, den neutralen Status unseres Landes zu berühren. Wir glauben, daß die Ansichten im Volke in diesem Bereiche eindeutig sind. Gerade jetzt, wo der Zeitpunkt eingetreten scheint, da die Großmächte dazu übergehen, ihre Differenzen allmählich auf dem Verhandlungswege zu lockern, ist seitens unseres neutralen Landes zweifellos ganz besondere Zurückhaltung geboten, damit wir nicht in der nun zu erwartenden diplomatischen Aktivität irgendwie in den Geruch der Parteinahme kommen.

* * *

Die *Wahlen in Italien,* welche die ganze Welt mit großer Spannung erwartet hatte, haben ein Ergebnis gebracht, das als wenig befriedigend bezeichnet werden muß. In erster Linie ergab sich daraus der Eindruck, daß der Kommunismus auch in diesem Lande keineswegs im Rückgang begriffen ist. Auch hat die bürgerliche Opposition, und mit ihr zu einem großen Teil eben der extreme Flügel auf der anderen Seite, an Einfluß nicht unwesentlich gewonnen, so daß es in Zukunft schwer halten wird, den bisherigen Kurs der Mitte weiter einzuhalten. Die stark umstrittenen Bestimmungen des neuen Wahlgesetzes, welche unter bestimmten Voraussetzungen eine Mehrheitsprämie vorsahen, und die eindeutig zur Förderung der bestehenden Koalition eingeführt wurden, sind nicht zum Spielen gekommen. Nachdem nun die Verhältnisse in diesem Lande einigermaßen labil werden, läßt sich nicht einmal voraussehen, ob nicht dieses Wahlgesetz sich bei einer späteren Gelegenheit zu Gunsten einer anderen Koalition auswirken könnte, welche immerhin im Bereiche der Möglichkeit liegt. Die Urheber dieser Bestimmungen werden vielleicht eines Tages zur Erkenntnis kommen, daß es besser gewesen wäre, sie nicht einzuführen. Übrigens ist zu beachten, daß eine ähnliche Wahltaktik, wie sie von der Koalition in Italien durchgeführt worden war, im Hinblick auf die im Herbst bevorstehenden Bundestagswahlen in Westdeutschland betrieben wird, wo ebenfalls für die bestehende Parteiengruppierung eine Prämie vorgesehen werden soll. Die Absicht wird sich in diesem Falle ebenso nur gegen die heftigste Opposition der benachteiligten Partei durchsetzen lassen, und es ist auch hier einigermaßen fraglich, ob der beabsichtigte Zweck erreicht werden kann.

Denn es haben sich inzwischen *Wandlungen auf dem weltpolitischen Felde* vollzogen, welche unter Umständen wesentliche Verschiebungen auch im inneren Gefüge jener Länder hervorrufen können, welche dabei im Brennpunkt stehen. Es scheint heute doch wohl einigermaßen gewiß, daß die Politik Moskaus darauf ausgeht, bestimmte entscheidende Probleme vorerst auf dem Wege von Verhand-

lungen zu bereinigen. Wenn es auf diese Weise wirklich gelänge, in einigen wesentlichen Punkten zu einer Verständigung zu kommen, so würden die Auswirkungen zweifellos gewaltig sein. Dabei wird der Ausgangspunkt für alle solchen Lösungen in einer *Bereinigung des deutschen Problems* liegen müssen, soweit die europäischen Streitfragen in Betracht kommen. Es ist nicht anzunehmen, daß die Sowjetunion bereit sein wird, andere Fragen, wie z. B. die österreichische, zu lösen, ohne daß vorher die Zentralfrage klargestellt ist. Einen wesentlichen Erfolg hat Rußland mit der neuen elastischen Taktik zweifellos bereits erreicht, indem das *Problem der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft* in den Hintergrund getreten ist. Es war übrigens zu diesem Thema einigermaßen bemerkenswert, die Ansicht des neuen Generalsekretärs der Uno, Dag Hammarskjöld, zu vernehmen. In einer Pressekonferenz in London wandte er sich Anfang Juni mit deutlichen Worten gegen kontinentaleuropäische Föderationspläne. Der neue Generalsekretär der Uno erklärte u. a.:

> «Ich glaube nicht an das sogenannte integrierte und föderisierte Europa. Ich glaube nicht an Allerweltsformeln dieser Art. Ich bin vielmehr der Ansicht, daß wir ein geeintes Europa nur in einer neuen Form erhalten können. Wenn wir versuchen, Wege für ein organisches Wachstum zu finden, dann — glaube ich — können wir Erfolge erwarten, nicht aber durch synthetische Formeln.»

In welcher Richtung letzten Endes, über die Verhinderung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft hinaus, die Absichten Rußlands liegen, kann vorerst nur vermutet werden. Es ist dabei nicht ausgeschlossen, daß die jüngsten Unruhen in Ostberlin und der Ostzone die Machthaber in Moskau zu der Überzeugung gebracht haben, daß das Regime des Kommunismus auf die Dauer in Ostdeutschland nicht gehalten werden kann. Dabei darf man freilich die Ereignisse in Ostberlin nicht überschätzen, wie es wohl hier und dort geschehen ist. Ostberlin liegt, im Gegensatz zu den Satellitenländern, dem westlichen Einfluß völlig offen, und es geht aus verschiedenen Berichten, so beispielsweise englischer Blätter, deutlich hervor, daß sich die amerikanische Propaganda in diesem Bereich ganz wesentlich bemerkbar gemacht hat. Anderseits kann der Lauf der Ereignisse doch die Ansichten Moskaus über diesen Punkt bestärkt und die Verwirklichung der entsprechenden Pläne beschleunigt haben, indem man nun dort möglicherweise versuchen wird, Ostdeutschland gegen einen möglichst hohen Preis abzustoßen. Angesichts der Stärke der russischen Machtpositionen ist freilich damit zu rechnen, daß Moskau einer Bereinigung der deutschen Frage in diesem Sinne nur zustimmen wird, wenn das vereinigte Deutschland einen neutralen Status erhält und abgerüstet bleibt. Inwieweit die Russen zur Erreichung dieses Zieles, das wohl ihr Hauptziel genannt werden kann, auch über das Problem der Oder-Neiße-Linie mit sich reden lassen werden, wird sich in Zukunft ergeben. Es steht aber fest, daß die russischen Haupttendenzen im deutschen Bereiche mit gewissen Absichten in Paris und London deutlich gleichlaufen, und man wird deshalb mit erheblichen Auseinandersetzungen auch im Kreise der Westmächte zu rechnen haben. Entscheidendes in dieser Frage hängt zweifellos davon ab, ob Adenauer im Herbst die Wahlen gewinnt oder verliert.

Jann v. Sprecher

Bericht aus Washington

Wie ernst muß man die Gefahr einschätzen, die den USA durch die kommunistische Wühlarbeit droht, und wie soll diesem Problem begegnet werden? In der Beantwortung dieser Fragen sind die Amerikaner geteilter Ansicht. In den letzten Jahren ist Senator *Joseph McCarthy* aus dem Staate Wisconsin gleichsam zum Symbol ihrer Uneinigkeit geworden.

Für viele ist McCarthy der tapfere Ritter, der den Mut aufbrachte, die Roten in ihren Verstecken aufzuspüren, ganz gleichgültig, wo er sie immer fand. Seine Bewunderer schreiben ihm das Verdienst zu, die Bundesregierung von Kommunisten und Mitläufern gesäubert und ganz allgemein den Agenten des Kremls das Leben sauer gemacht zu haben.

Für andere dagegen ist McCarthy das Symbol einer seltsamen Krankheit, die Furcht erzeugt und dann von dieser Furcht lebt; eine nationale Seuche, deren Merkmale die völlige Mißachtung der überlieferten Anständigkeit des Amerikaners, die Verhöhnung der in der Verfassung verankerten parlamentarischen Geschäftsführung und die Demagogie sind. Da sie den jüngeren Senator aus Wisconsin als den Hauptboten dieser Krankheit betrachten, haben sie ihr seinen Namen gegeben:

McCarthyismus.

McCarthy war nach dem Krieg, an dem er von 1941 bis 1945 aktiv teilgenommen, in seinem Heimatstaat Wisconsin Bezirksrichter, als er 1946 in den Senat gewählt wurde. Als Republikaner besiegte er in der Vorwahl Senator Robert M. La Follette junior, worauf es ihm keine Schwierigkeiten bereitete, die eigentliche Wahl gegenüber einem demokratischen Konkurrenten siegreich zu bestehen. La Follette, der berühmte Sohn eines ebenso berühmten Vaters, war einer der besten Männer, die jemals im amerikanischen Senat dem Lande gedient haben. McCarthys Sieg über La Follette war eine Überraschung, obwohl dieser nicht aktiv in den Wahlkampf eingegriffen und es vorgezogen hatte, an seinem Schreibtisch im Senat in Washington zu bleiben.

McCarthy siegte in der Vorwahl nur ganz knapp. Im Blick auf die neuesten Entwicklungen ist es eine Ironie der Geschichte, annehmen zu müssen, die von den Kommunisten beherrschten Arbeitergewerkschaften der großen Stadt Milwaukees hätten die Reststimmen geliefert, die McCarthy zum Sieg verholfen haben. La Follette, ein ehrlicher und glühender Kommunistengegner, hatte den Zorn der Roten in der Arbeiterbewegung seines Staates auf sich geladen, weshalb sie sich von ihm abwandten und ihre Stimmen dem damals unbekannten McCarthy gaben.

McCarthys erste Zeit in der Hauptstadt war verhältnismäßig ruhig. Erst im Frühjahr 1950 brachten die Zeitungen seinen Namen in Schlagzeilen, nachdem er eine Rede gehalten hatte, in der er das Staatsdepartement beschuldigte, Kommunisten zu beschäftigen. Seither ist seine Name ständig in den Schlagzeilen zu finden.

Der Widerhall seiner Rede überraschte allgemein, einschließlich McCarthy selbst. Offensichtlich hatte er eine Saite angeschlagen, die Resonanz erweckte, und er beeilte sich, seinen Anfangserfolg auszuwerten. Als die demokratischen Führer zurückschlugen und ihre Regierung verteidigten, wurden McCarthys Angriffe nur um so heftiger. Er wiederholte seine Anschuldigungen, das Staatsdepartement beherberge Kommunisten und Mitläufer des Kremls. Die Regierung Truman geriet in Zorn und faßte einen Beschluß, der, wie es heute scheint, sehr unklug war: sie forderte eine eigentliche Untersuchung der Anschuldigungen McCarthys durch den Kongreß.

Die Untersuchungskommission, die von einem mutig entschlossenen Demokraten, Senator *Millard Tydings* aus Maryland, präsidiert wurde, verfaßte einen

Schlußbericht, in dem McCarthys Anschuldigungen zurückgewiesen wurden. Leider brachte es diese Untersuchung mit sich, daß McCarthys Name einem weiteren Publikum geläufig wurde, und als der Bericht für ihn ungünstig ausfiel, brandmarkte er diesen als «Weißwaschung». Außerdem setzte McCarthy seine Angriffe auf breiterer Basis fort. Als Tydings zur Wiederwahl kam, begab sich McCarthy nach Maryland, um den Feldzug gegen ihn zu leiten, und ihm ist es zuzuschreiben, daß Tydings besiegt wurde.

Während der Regierungszeit Trumans erhob McCarthy seine Anklagen als Mitglied der Minderheit in Reden, die er im Senat und manchmal anderswo hielt. Die Wirkung war allerdings beschränkt, weil seine Partei nicht an der Macht war. Heute hat McCarthy als Mitglied der Regierungspartei in der Hauptstadt einen beträchtlichen Einfluß. Er sitzt in verschiedenen wichtigen Senatskommissionen und ist Präsident seines eigenen Untersuchungskomitees.

McCarthys Feinde beschuldigen ihn, «Hexenverfolgungen» zu leiten und wilde Anklagen zu erheben, ohne Beweise anzuführen. Dadurch schade er nicht nur dem Ruf von Einzelmenschen, sondern von ganzen Bevölkerungsgruppen. Sie behaupten, sein Komitee betätige sich wie eine Art Kongreßinquisition. Dabei werden Menschen angeschuldigt, ohne den Schutz eines rechtmäßigen Gerichthofes zu genießen. Überdies sind die Sitzungen dieses Komitees auf ein Zirkusniveau herabgesunken, da sie weitgehend durch Television miterlebt werden können und in der Presse bis in alle Einzelheiten dargestellt werden. Selbst wenn also die angeschuldigte Person wirklich schuldlos ist, bleibt ihr Ruf für immer beschmutzt, — und das vor einem zahlreichen Publikum.

Dieses Vorgehen hat sehr viele Leute in Harnisch gebracht, darunter so sanfte und ruhige Menschen wie etwa *Albert Einstein.* Der große Mathematiker und Philosoph schrieb letzthin, daß es «für einen makellosen Bürger eine Schande sei, vor einem solchen Inquisitionstribunal erscheinen zu müssen», und er kündigte an, daß er im Falle einer Vorladung die Aussage verweigern würde. Er riet anderen, seinem Beispiel zu folgen.

McCarthy beschränkt sich dabei nicht auf die bloße Untersuchung. In letzter Zeit ist er sogar in das Gehege eingedrungen, das allgemein als der alleinige Tummelplatz der Überwachungsorgane (Executive Department) der Bundesregierung gilt. Wiederum ist das Staatsdepartement sein Lieblingsziel, das er mit der gleichen Heftigkeit angreift wie damals, als Truman im Weißen Hause residierte.

McCarthy hat vielen Menschen sein «Kommunist!» entgegengeschleudert. Wenn sich der Rauch nach dem Abschuß verzogen hatte, blieb oft wenig an faßbaren Ergebnissen übrig. Manche der von ihm Angegriffenen sind heute noch für Millionen Amerikaner lebende Fragezeichen, denn diese wissen nicht, ob McCarthy recht oder unrecht hatte. Mittlerweile hat jedoch die Bundesregierung ihren eigenen Feldzug gegen die Kommunisten geführt, und die Berichte zeigen, daß sie mehr erreicht hat als McCarthy, indem sie auf dem gewöhnlichen Rechtsweg vorging.

Und doch bleibt McCarthy für viele Stimmbürger das Symbol des erfolgreichen Kämpfers gegen Umstürzler. Er hat das Problem des Kommunismus mehr von der Seite des Gefühlsmäßigen angepackt und das sagt vielen Leuten deshalb zu, weil in den USA die rote Gefahr bei einem Großteil der Bevölkerung eine hysterische Angst entfacht, die seltsamerweise gar nicht vorhanden ist, sobald die angegriffene fremde Ideologie in der Form des Fascismus oder Peronismus oder einer anderen Abart des Totalitarismus auftaucht. Vielleicht liegt der Grund in der religionsfeindlichen Einstellung des Kommunismus oder in der Tatsache, daß die Sowjetunion, im Gegensatz zu andern totalitären Staaten, für die freie Welt eine ganz bestimmte, militärische Gefahr bildet. Was auch immer der Grund sein mag, der Kommunismus ist nun einmal ein Thema, auf das viele Amerikaner nahezu hysterisch reagieren. Zum Beispiel gelten heute ehemalige Kommunisten, die sich nun als gute Demokraten gebärden und bei der Jagd auf ihre früheren kommunistischen

Spielkameraden eifrig mitmachen, bei vielen Leuten als größere Helden als jene tapfer-entschlossenen Menschen, die den Verlockungen des Leninismus und Stalinismus nie unterlagen.

Darüber hinaus hat McCarthy bewiesen, daß seine Art Antikommunismus in der Politik Erfolg hat. Er hat nicht nur Senator Tydings in diesem Punkte besiegt, er hat noch einen anderen Erzfeind im Senat, William Benton aus Comecticut, zu Fall gebracht, als sich dieser in das Netz des «McCarthyismus» verstrickte.

Unter den obwaldenden Umständen lassen sich die Kongreßkollegen McCarthys in drei Gruppen gliedern. Da sind zunächst jene, die ihm Beifall spenden, weil sie ehrlich überzeugt sind, daß er mehr Positives erreiche als Schaden stifte. Dann gibt es solche, die seine Methoden verabscheuen und seine Beweggründe verdächtigen, sich aber fürchten, sich gegen ihn zu erheben, aus Angst vor den politischen Rückwirkungen. Schließlich gibt es noch solche, die McCarthy zwar ablehnen, aber trotzdem bereit sind, mit ihm zu gehen, weil sie glauben, er habe viel zur Rückkehr der Republikaner an die Macht beigetragen.

Sogar Eisenhower hörte auf die Worte seiner Berater, die ihm rieten, McCarthy zu unterstützen, weil dies politisch ratsam sei. So reiste er denn im Wahlkampf nach Wisconsin und ersuchte die Wähler, für McCarthy zu stimmen. Dieser siegte allerdings mit einem viel geringeren Stimmenüberschuß als im Jahre 1946, und gewisse Beobachter sind sogar sicher, daß er ohne Eisenhowers Unterstützung hätte besiegt werden können.

Als Präsident hat Eisenhower das nötige Ansehen und die Unterstützung des Volkes, um McCarthy als Persönlichkeit abwerten zu können und den »McCarthyismus» in all seinen Erscheinungsformen zu ersticken. Doch hat er es bis heute abgelehnt, mit solch drastischen Mitteln vorzugehen, obwohl McCarthy keine Neigung gezeigt hat, mit der Regierung seiner eigenen Partei eng zusammenzuarbeiten.

Fortschrittlich gesinnte Menschen in den USA spüren es, wie der «McCarthyismus» an den Grundlagen der Freiheit Stück für Stück wegschneidet, während er vorgibt, diese zu beschützen und zu verteidigen. Sie suchen eine Führung, die in Amerika eine männlichere Haltung angesichts der kommunistischen Bedrohung fördern will, eine Einstellung, die weniger auf panischer Angst und mehr auf den Überlieferungen des Landes gegründet ist. Schließlich finden sie, der «McCarthyismus» übertreibe die Gefahr, obwohl zugegeben werden muß, daß eine gewisse Infiltration von Kommunisten in die Regierungsämter stattgefunden hat.

Heute sind noch keine Anzeichen vorhanden, daß der hochtrabende Senator aus Wisconsin in Bälde von seinem weißen Roß steigen muß. Wenn der «McCarthyismus» eine Seuche ist, dann scheint diese noch weit vom Abflauen entfernt zu sein und die Nation wird nur langsam genesen.

Richard J. Davis

Bericht aus Indien

Der letztes Jahr den Vereinigten Nationen durch Indien vorgelegte Vermittlungsvorschlag hat, wenn er auch damals von Rußland und China abgelehnt wurde, zweierlei klar gezeigt. Die Vor- und Hauptverhandlungen bewiesen, daß Indien seine Berechtigung, als Vermittler aufzutreten, als selbstverständlich ansah, weil es sich als führende Macht Asiens betrachtet. Sodann trat deutlich zutage, daß sich Indien zu keiner der beiden Mächtegruppen zählt. Wird es diese Unabhängigkeit bewahren können?

Zunächst muß

Indiens Verhältnis zu den USA

aufgezeigt werden. Die Beziehungen zwischen beiden Ländern hatten sich 1951, infolge der Verzögerung der amerikanischen Weizenanleihe, außerordentlich getrübt. Man konnte es hier einfach nicht verstehen, daß, wenn Hungersnöte drohten, diese Anleihe so lange auf sich warten ließ. Hinweise, daß innerpolitische Kämpfe in den USA die Verschleppung der Bewilligung der Anleihe verursachten und nicht eine Animosität gegenüber Indien, fanden bei der Presse des Landes keine Resonanz. Es ist in erster Linie einem Mann zu danken, daß die Differenz in verblüffend kurzer Zeit nicht nur ausgeglichen, sondern auch der beinahe völlig verloren gegangene Kontakt zwischen beiden Ländern wiederhergestellt wurde. Truman bewies eine glückliche Hand, als er *Chester Bowles* als Botschafter nach Indien entsandte. Bowles, wie so viele amerikanische Politiker von Hause aus Anwalt, der an der Spitze einer «Advertising Agency» stand, zeigte, daß er ein guter Psychologe ist. Er verblüffte bereits bei seiner Ankunft die ihn empfangenden Inder, indem er sowohl wie seine Frau Hindustani sprachen. Seine Kinder wurden nicht in eine der amerikanischen Missionsschulen in den Bergen, wie das bei Diplomaten sonst üblich ist, sondern in die allgemeinen Schulen von Delhi geschickt. Bei der Feier des Holi-Festes, bei dem sich Hindus gegenseitig mit rotem Pulver oder mit roter Farbe überschütten — man sah es in dem Film «The River» sehr plastisch vorgeführt —, mischte sich Mr. Bowles mit seinen Kindern unter die übermütige Menge mit dem Resultat, daß die Familie Bowles entsprechend gefärbt von diesem Intermezzo zurückkehrte. Das hatte die Hauptstadt Delhi noch nicht erlebt, wo sonst, jedenfalls beim diplomatischen Korps, Würde und Höhe die Vertraulichkeit fernhalten. Außerdem «radelte» die Familie Bowles, was die sogenannten feinen Leute in Delhi auch nicht tun. Es waren aber nicht diese Dinge — man könnte sie allenfalls als Äußerlichkeiten betrachten —, die bewiesen, daß auch ein amerikanischer Diplomat für Indiens Nöte Verständnis haben kann. Zweimal flog er 1952 nach Washington, um vor dem zuständigen Kongreßkomitee für Indien zu plädieren. Indiens Fünfjahresplan sollte, so führte er aus, wenn er in der richtigen Weise durch Fachleute und Mittel unterstützt werden würde, eine Garantie dafür bieten, daß das Land sich durchsetzen und nicht ein Opfer des Kommunismus werden würde. Amerika handelte demnach in seinem eigenen Interesse, wenn es die vorerwähnte Hilfe leistete.

Die Technische Hilfskorporation der Amerikaner,

die mit einem Stab von 150 in jeder Beziehung erstklassigen Fachleuten auf den verschiedensten Gebieten in engster Fühlung mit der Botschaft, d. h. unter der Ägide von Bowles, schon seit über einem Jahr in Indien gearbeitet hat, trug wesentlich dazu bei, den von der unter Nehru stehenden Plankommission ausgearbeiteten Fünfjahresplan zu einer aktiven Waffe im Kampf gegen den Hunger zu machen. Die Fruchtbarmachung weiter, bisher brachliegender Gebiete, zielbewußte Irrigation, umfangreicher Straßenbau, Elektrifizierung, Industrialisierung und Entwicklung von Gemeinschaftszentren in tausenden von Dörfern sind die Ziele dieses gigantischen Planes. Die Arbeit hat bereits über das ganze Land eingesetzt.

Kein Wunder, daß nach der guten Zusammenarbeit zwischen Indiens Premierminister und dem amerikanischen Botschafter die führende Zeitung des Landes, «The Times of India», die gleichzeitig in Bombay, Delhi und Kalkutta erscheint, einen viel beachteten Leitartikel schrieb, der auch von der amerikanischen Presse häufig zitiert worden ist, mit der Überschrift «Retain him». Es wurde darin ausgeführt, daß es im Interesse beider Staaten liegen würde, Bowles, trotz dem Regierungswechsel, auf seinem Platz zu belassen. «Dies würde», so schloß der Aufsatz, «das schönste Neujahrsgeschenk des neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten an

Indien bilden». Aber die Eigenart des amerikanischen Regierungswechsels läßt offenbar derartige «Unregelmäßigkeiten» nicht zu. Nachdem erst der beinahe unbekannte Senator Val Petterson von Nebraska für den Botschafterposten in Delhi in Aussicht genommen worden war, hat die indische Regierung den bisherigen Botschafter in Belgrad, George V. Allen, als persona grata erklärt. Es wird für den neuen Herrn nicht leicht sein, den Platz seines Vorgängers einzunehmen.

Wenn man den Diehards in Amerika Glauben schenkt, neigen

Nehrus Sympathien

mehr Rotchina und damit dem Sowjetblock zu. Dem ist aber nicht so. Er mag großes Verständnis für Sozialismus und eine soziale Einstellung haben, obwohl die Sozialisten aus Nehrus Partei, dem indischen Nationalkongreß, ausgeschieden sind und als eigene Partei in Opposition zur Kongreßregierung stehen, aber Nehru «liebäugelt» bestimmt nicht mit den Kommunisten, deren Wahlerfolge in Indien im vergangenen Jahre nur sehr sporadisch waren. Die Politik Sowjetrußlands und der von ihm abhängigen Länder trägt bestimmt nicht dazu bei, für die kommunistische Partei zu werben. Der Prozeß in Prag hat auch in Indien in größtem Maße abschreckend gewirkt. Daß Nehru die Besetzung Tibets bis zur indischen Grenze durch Chinas Truppen ohne vorherige Ankündigung mehrfach verurteilt hat, sollte zur Genüge beweisen, daß er weit davon entfernt ist, in Wirklichkeit gar nicht daran denkt, sich in der Richtung des Ostblocks zu bewegen.

Auf der anderen Seite hält er es für grundsätzlich falsch, die rotchinesische Regierung von den Vereinigten Nationen fernzuhalten und das künstlich von amerikanischen Korsettstangen aufrecht erhaltene Kuomintangregime als maßgebend für China im Parlament der Völker sprechen zu lassen. Die Erklärungen Eisenhowers und seines Staatssekretärs Dulles hinsichtlich Formosa haben schwerste Bedenken in der Presse des Landes hervorgerufen. Jedoch steht Indien mit dieser Einstellung nicht vereinzelt da. Befürchtungen, daß das republikanische Regiment in den USA durch seine Forschheit außenpolitische Verwirrungen anrichten könnte, sind ja wohl mehr oder weniger in einer ganzen Reihe von Staaten geäußert worden.

Ein Bericht über Indien wäre nicht vollständig ohne Erwähnung seiner

Stellung zu Pakistan.

In einer ganzen Reihe zwischenstaatlicher Probleme, wie sie naturgemäß zwischen Nachbarländern auftreten und noch mehr im vorliegenden Fall, bei dem es sich um zwei Länder handelt, die gewissermaßen durch einen chirurgischen Eingriff entstanden sind, hat man sich auf dem Verhandlungswege geeinigt. Ja, es ist mehrfach vorgekommen, daß sich in solchen gemischten Kommissionen Männer getroffen haben, die vorher viele Jahre als Beamte der gleichen Regierung zusammengearbeitet hatten und sich nun als Verhandlungsgegner gegenüberstanden. Aber der unselige Kaschmirkonflikt hängt nun schon seit mehr als fünf Jahren wie eine dunkle, drohende Gewitterwolke über Indien und Pakistan. Indien kann nicht vergessen, daß Pakistan jede Beteiligung an dem Eindringen der Rebellen in Kaschmir leugnete, bis es schließlich zugeben mußte, daß sich reguläre Truppen des Landes in Kaschmir befinden. Pakistan beruft sich darauf, daß der Hindu-Maharadscha von Kaschmir nicht berechtigt war, sich Indien anzuschließen, da die weitaus überwiegende Mehrheit des Volkes aus Mohammedanern bestehe. Und da Pakistan bewußt ein religiöser Moslemstaat ist, glaubt es, das berühmte Wort dahin umwandeln zu müssen: Cujus religio, ejus regio. Dennoch werden beide Länder die Kunst des Kompromisses lernen und ihre Führer den Mut zur Unpopularität haben müssen.

Es ist nicht im geringsten daran zu zweifeln, daß Indien in den letzten Jahren in vielen Beziehungen große Fortschritte gemacht hat, innenpolitisch wie außenpolitisch. Seine Führung im asiatisch-arabischen Block ist unbestritten. Wenn man von Indien spricht, meint man im allgemeinen — und das ist durchaus richtig — *Jawaharlal Nehru.* Darin liegt vielleicht eine gewisse Stärke, daß an der Spitze des Landes eine weit über den Durchschnitt ragende Persönlichkeit steht. Doch auf der anderen Seite bildet diese Tatsache, so wie die Dinge liegen, auch eine nicht zu übersehende Schwäche. Die führende und einzige gut durchorganisierte Partei, der indische Nationalkongreß, hat keinen Nachwuchs. Seine Führer waren jung, als sie den Kampf für die Freiheit des Landes aufnahmen, und dieser Kampf mag sie sogar bis zu einem gewissen Grade jung erhalten haben. Aber es ist dabei zweifellos übersehen worden, einen Nachwuchs heranzubilden. Die Männer um Nehru, der selbst über sechzig ist, sind noch älter als er. Die wichtigsten Posten im Inland wie im Ausland sind entweder «alten Kämpfern» oder früheren Mitgliedern des Indischen Civil Service überlassen worden. Was einmal werden soll, wenn diese ältere Generation, dem Gesetze der Natur folgend, ausscheidet, weiß niemand. Das ist das große X in der Rechnung, wenn man an die Zukunft Indiens denkt.

Ernst Schäffer

Militärische Umschau

Taktische oder strategische Flugwaffe?

Von dem Zeitpunkt an, als das Flugzeug technisch so weit entwickelt war, daß man es nicht nur als Hilfswaffe der erdgebundenen Wehrmachtteile verwenden konnte, sahen in ihm weitblickende militärische Fachleute bereits eine neue Waffe, mit der, unabhängig von den Operationen des Heeres und der Flotte, strategische Aufgaben gelöst werden können. Der Ansatz hierzu zeigte sich schon im Verlauf des ersten Weltkrieges, denn die Angriffe der deutschen Großflugzeuge auf England und diejenigen der in der «Independent Air Force», der R.A.F., zusammengefaßten englischen Bomberverbände auf Ziele im Rheinland und im Ruhrgebiet, trugen zweifellos strategischen Charakter. Als zwischen den beiden Weltkriegen die Flugtechnik unerwartet große Fortschritte machte und sich damit für den Einsatz des Flugzeuges als Kriegsmittel immer größere Möglichkeiten erkennen ließen, und der italienische General *Douhet* seine Theorie, daß mit dem selbständigen Einsatz einer Flugwaffe *allein* ein künftiger Krieg entschieden werden könne, aufgestellt hatte, tauchte in den militärischen Fachkreisen die Streitfrage auf, ob einer Zusammenarbeit der Flugwaffe mit den erdgebundenen Wehrmachtteilen (taktischer Einsatz) oder einer selbständigen (strategischen) Luftkriegführung der Vorzug zu geben sei. Diese Streitfrage, nunmehr «taktische oder strategische Flugwaffe» formuliert, wird auch heute noch immer diskutiert, und es lohnt sich daher, einmal in großen Zügen das Grundsätzliche zu betrachten.

Soweit es sich um den Einsatz der Flugwaffe handelte, haben die Begriffe taktisch und strategisch nicht überall im Sprachgebrauch eine ganz klare Definition und Trennung gefunden. Dies gilt besonders für die deutsche Fachliteratur, in der häufig statt strategisch der Ausdruck operativ zu finden ist. M. E. könnte jede Unklarheit in Zukunft dadurch vermieden werden, daß man für den Einsatz der Flugwaffe drei Begriffe, und zwar taktisch, taktisch-operativ und strategisch anwendet.

Bei dieser Gliederung ist der rein *taktische* Einsatz stets dann gegeben, wenn die Flugwaffe in örtlich oder zeitlich engster Verbindung mit den erdgebundenen Wehrmachtteilen verwendet wird. Zu diesen Aufgaben gehören die Luftaufklärung über dem Gefechtsfeld, die Artilleriebeobachtung, die Aufklärung über dem engeren und weiteren taktischen Kampfraum, sowie das unmittelbare Eingreifen in die Erdkampfhandlungen und Luftangriffe im taktischen Kampfraum zur unmittelbaren Unterstützung der Kampfhandlungen der anderen Wehrmachtteile. Auch der Einsatz von Fallschirmjägern, oder das Absetzen von Luftlandetruppen im Rücken des Gegners, sowie Versorgungsflüge für die kämpfende Truppe sind als taktische Einsätze zu bezeichnen.

Wenn dagegen die Kampfhandlungen der Flugwaffe dazu dienen, größere Operationen des Heeres oder der Flotte erst vorzubereiten, dann erscheint der Begriff *taktisch-operativ* angebracht, weil solche Einsätze der Flugwaffe zwar weder örtlich noch zeitlich unmittelbar mit diesen Operationen zusammenzufallen brauchen, andererseits aber keine selbständigen Luftkriegshandlungen darstellen. Die Angriffe der deutschen Luftwaffe z. B., welche den Beginn der Feldzüge gegen Polen, den Westen und Sowjet-Rußland eröffneten, richteten sich zuerst gegen die Flughäfen der feindlichen Flugwaffen, um deren größten Teil möglichst schon am Boden auszuschalten. Obwohl es sich dabei um Ziele handelte, die weder im eigentlichen noch im weiteren taktischen Kampfraum lagen, standen sie dennoch in engster Verbindung mit den geplanten Operationen des Heeres. Auch in der ersten Zeit des Luftkrieges gegen England trugen die deutschen Luftangriffe nicht strategischen, sondern taktisch-operativen Charakter, denn ihr Ziel bestand anfangs darin, die englische Flugwaffe zu vernichten und dadurch eine Invasion auf den britischen Inseln zu ermöglichen. Erst im Laufe der Luftschlacht um England und nachdem die deutsche oberste Führung auf die Durchführung ihrer Invasionspläne verzichtet hatte, bekamen die Angriffe der deutschen Luftwaffe einen strategischen Charakter. Aber zu einer ausgesprochen strategischen Luftkriegführung nach heutigen Begriffen ist es dabei nie gekommen, da die deutsche Luftwaffe für diese Aufgabe nicht richtig vorbereitet und gerüstet war. Es fehlte ein systematischer Plan und überdies besaßen die deutschen Bomber, abgesehen von einigen seinerzeit erst in geringer Zahl vorhandenen Mustern, gar nicht die Reichweite, um alle Stätten der britischen Rüstungsindustrie bekämpfen zu können. Aber sogar die ab Februar 1944 bis zum Beginn der Invasion der Alliierten (6. Juni) planmäßig durchgeführten Luftangriffe der Anglo-Amerikaner gegen V-1-Anlagen, Flugplätze, Eisenbahnanlagen und sonstige Verkehrsziele in Nordfrankreich und Belgien müssen noch als taktisch-operativ bezeichnet werden. Obwohl sie zwar bis zur Landung der alliierten Truppen selbständig durchgeführt wurden und sich über mehrere Monate erstreckten, hatten sie lediglich als Zielsetzung, günstige Verhältnisse für die Invasion zu schaffen. Sie standen daher im engsten Zusammenhang mit dieser Operation des Heeres und der Flotteneinheiten.

Rein *strategisch* waren dagegen die Luftangriffe der Anglo-Amerikaner gegen das deutsche Reichsgebiet und die von Deutschland besetzten Gebiete sowie gegen die Industriezentren Italiens, deren Aufgabe darin bestand, das Kriegspotential der Achsenmächte zu zerschlagen. Diese Luftangriffe erfolgten örtlich und zeitlich völlig unabhängig von den Operationen der Heere und der Flotten und nach einem genau ausgearbeiteten Plan, dem bekannten «master plan». Die Zerschlagung des deutschen Kriegspotentials und des Verkehrsnetzes hatte zum Schluß die deutsche Wehrmacht so geschwächt und derart unbeweglich gemacht, daß die alliierten Erdtruppen ganz Deutschland besetzen konnten. Dieses Ergebnis ändert nichts an der Tatsache, daß die strategische Luftkriegführung sich *kriegsentscheidend* auswirkte. Wären z. B. die politischen Verhältnisse anders gelagert gewesen, d. h. hätte Deutschland nicht eine Regierung gehabt, mit welcher die Gegner jede Verhandlungsmöglichkeit ausschlossen, und die daher gezwungen war, bis zur 12.

Stunde durchzuhalten, wäre es durchaus denkbar gewesen, daß eine verhandlungsfähige Regierung, allein auf Grund der Auswirkungen dieses strategischen Luftkriegs und in Erkenntnis der Tatsache, daß die deutsche Luftverteidigung nicht mehr in der Lage war, die angloamerikanischen Angriffe abzuwehren, die Waffen gestreckt haben würde, bevor die alliierten Erdtruppen überhaupt nennenswerte Teile des deutschen Reichsgebietes betreten hätten.

Der taktische und auch der taktisch-operative Einsatz der Flugwaffe zeitigt, wenn er seine Aufgabe erfüllen konnte, sofortige Erfolge, bzw. bei vorbereitenden Unternehmungen die Erfolge zu dem vorgesehenen Termin, zu dem die Operationen der erdgebundenen Wehrmachtteile beginnen sollen.

Der strategische Luftkrieg gegen das gesamte Kriegspotential des Gegners benötigt jedoch stets geraume Zeit, bis es gelungen ist, dieses Kriegspotential so anzuschlagen, daß sich seine Schwächung auf die gesamte Kriegsführung des Feindes auszuwirken beginnt. Der strategische Luftkrieg setzt immer von vornherein eine längere Kriegsdauer in Rechnung. Daher gibt es auch heute noch eine ganze Anzahl militärischer Fachleute, welche der Ansicht sind, daß einer besonders starken taktischen Flugwaffe der Vorzug zu geben sei, um in Zusammenarbeit zwischen ihr und den erdgebundenen Wehrmachtteilen eine schnelle Entscheidung zu erringen.

Die Erfahrungen des zweiten Weltkriegs haben aber einwandfrei ergeben, daß letzten Endes die strategische Luftkriegführung gegen Deutschland entscheidend war. Das geht aus einer ganz einfachen Überlegung hervor: Wäre es den Anglo-Amerikanern nicht gelungen, den strategischen Luftkrieg gegen Deutschland und die von ihm besetzten Gebiete zu führen, sondern wäre die deutsche Luftverteidigung in der Lage gewesen, die Einflüge zu verhindern oder so verlustreich zu gestalten, daß sie auf die Dauer nicht mehr tragbar gewesen wären — ein Fall, der vorübergehend vom Sommer bis Herbst 1943 bei den Tagesangriffen der Amerikaner eingetreten war, als diese dabei Verluste von 15,7% bis 20,6% in Kauf nehmen mußten —, dann hätte der Krieg wahrscheinlich einen ganz anderen Verlauf genommen, oder zum mindesten noch mehrere Jahre länger gedauert. Es hätte dann nicht nur die gesamte deutsche Kriegsindustrie, sondern auch jene Frankreichs, Belgiens, Italiens und aller übrigen in deutscher Hand befindlichen europäischen Länder, ungestört von Bombenangriffen, auf vollen Touren laufen und so viel Kriegsmaterial produzieren können, daß es niemals zu den Mangelerscheinungen gekommen wäre, unter denen die deutsche Wehrmacht, fortschreitend mit den Auswirkungen des Bombenkrieges, zu leiden hatte. In verschiedenen Betrachtungen über den Verlauf des zweiten Weltkrieges werden häufig gerade diese Zusammenhänge übersehen und daher falsche Schlüsse gezogen.

Die Möglichkeiten der strategischen Luftkriegführung haben sich aber seit dem letzten Weltkrieg außerordentlich erhöht. Dies ist auf die beträchtlich größeren Bombenlasten, die hohen Geschwindigkeiten und die großen Flughöhen der modernen Bomber und auf die Weiterentwicklung der Radar- und sonstigen elektronischen Geräte zurückzuführen, die einen Einsatz bei jeder Wetterlage und genauen Bombenwurf ohne jede Sicht gestatten. Ganz besonders hat die Erfindung der Atombombe, deren heutige Typen eine wesentlich größere Vernichtungskraft als die ersten über Japan abgeworfenen besitzen, zur Wirkungssteigerung der strategischen Luftkriegführung beigetragen. Dazu treten noch die großen Reichweiten der modernen Bomber, die überdies noch durch das Verfahren des Nachtankens im Flug ganz beachtlich erweitert werden können. Heute schon liegt praktisch nahezu jeder Punkt auf der Erde im Bereich der neuesten strategischen Langstreckenbomber.

Bei Großmächten und Großkoalitionen gibt es die Frage «taktische oder strategische Flugwaffe» nicht mehr, denn solche Mächte müssen, um einen Krieg, der erst durch den jetzigen Stand der Flugwaffe wirklich total sein wird, mit Aus-

sicht auf Erfolg führen zu können, sowohl eine starke taktische als auch eine schlagkräftige strategische Flugwaffe besitzen.

Für die unbedingte Notwendigkeit einer starken taktischen Flugwaffe spricht — abgesehen von den vielen anderen Einsatzmöglichkeiten — allein die Tatsache, daß heutzutage irgendwelche größeren Operationen des Heeres und der Flotte nur noch dann erfolgreich durchgeführt werden können, wenn dabei die Luftherrschaft über dem betreffenden Kampfraum gesichert ist und die Kampfhandlungen der erdgebundenen Wehrmachtteile zusätzlich durch die Bekämpfung des Gegners aus der Luft wirksam unterstützt werden können.

Auch dem Transport von Truppen und Kriegsmaterial mittels Flugzeugen kommt in der modernen Kriegführung eine sehr wichtige Bedeutung zu, da hiermit eine Schnelligkeit in der Truppenverschiebung und Schwerpunktbildung erzielt werden kann, wie sie mit anderen Mitteln bisher nicht möglich war. Dadurch, daß es beim heutigen Stand der Flugtechnik möglich ist, selbst über weite Flugstrecken über Land oder über See große Truppenverbände und riesige Mengen von Kriegsmaterial zu befördern, hat der Lufttransport über den bisherigen rein taktischen nunmehr taktisch-operativen Charakter erhalten. Ein Beweis dafür ist die Luftbrücke nach Korea, deren Länge rund 9000 km beträgt. Während Schiffe von San Francisco bis Tokio 16 bis 18 Tage benötigen, beträgt die Flugzeit der Transporter nur 22 bis 28 Stunden. Die Amerikaner bezeichnen zwar diese Lufttransporte als strategisch, doch erscheint hierfür der Begriff taktisch-operativ besser angebracht, da es sich dabei um keine selbständigen Luftkriegshandlungen, sondern um Unternehmungen handelt, die mit den Planungen und Operationen der erdgebundenen Wehrmachtteile in engster Verbindung stehen.

Die Kriege 1914—1918 und 1939—1945 haben sich zu Weltkriegen entwickelt, und ein zukünftiger Krieg wird diesen Namen mit noch mehr Recht tragen. Es werden sich auch hier wieder nicht ein paar Großmächte, sondern Großkoalitionen gegenüberstehen, und der Krieg wird nicht nur interkontinentale, sondern globale Ausmaße annehmen. Auch wenn dabei große Teile des Feindgebietes erobert werden können, werden lokale Siege so wenig wie im ersten und zweiten Weltkrieg die endgültige Entscheidung bringen. Diese Entscheidung wird erst dann fallen, wenn das Kriegspotential des einen Gegners zerschlagen oder gegenüber demjenigen des anderen Gegners so hoffnungslos unterlegen geworden ist, daß ihm eine Weiterführung des Krieges unmöglich wird. Die einzige Waffe, mit der man aber bei globalen Ausmaßen eines Krieges alle Stätten des feindlichen Rüstungspotentials bekämpfen kann, ist heute — und sicherlich auch noch für die nähere Zukunft — der Langstreckenbomber, und daher wird auch in einem zukünftigen Krieg die *strategische* Flugwaffe eine *kriegsentscheidende* Rolle spielen [1]).

Soweit es sich um den Einsatz von Luftstreitkräften handelt, soll, der Vollständigkeit halber, zum Schluß auch noch die Luftverteidigung erwähnt werden. Häufig werden die für die Heimatluftverteidigung bestimmten Jagdflugzeuge zu den taktischen Verbänden gerechnet, obwohl sie die Aufgabe haben, die strategischen Luftangriffe des Gegners zu vereiteln und zu diesem Zwecke eine strategische Defensive führen müssen. Sie bilden daher, genau genommen, ein Glied in der strategischen Luftkriegführung, während jene Jagdflugzeuge, die über dem taktischen Kampfraum und bei Operationen der erdgebundenen Wehrmachtteile zur Erkämpfung und Erhaltung der Luftherrschaft eingesetzt werden, zur taktischen Flugwaffe gehören.

---

[1]) Ob in weiterer Zukunft der bemannte Langstreckenbomber durch unbemannte Bomber, d. h. Fernlenk-Geschosse, oder durch Langstrecken-Raketen verdrängt werden wird, ist beim derzeitigen Stand der technischen Entwicklung noch nicht vorauszusagen, obwohl diese Waffen ohne Zweifel im Rahmen einer künftigen strategischen Luftkriegführung große Bedeutung erlangen werden.

Kleine Staaten, die sich, wie z. B. die Schweiz, keiner Großkoalition anschließen, sondern die strikte Neutralität ihres Landes, wenn nötig mit Waffengewalt, schützen wollen, benötigen für diese Aufgabe keine strategische, aus Langstreckenbombern bestehende Flugwaffe. Ihre strategische Luftkriegführung kann sich auf die strategische Defensive beschränken, die von den für den Schutz des Heimatgebietes bestimmten Jagdflugzeugen durchgeführt wird. Neben diesen Jagdflugzeugen für die Heimatluftverteidigung müssen aber solche Staaten eine starke und zweckentsprechend ausgerüstete taktische Flugwaffe besitzen, damit im Kriegsfalle dem Heer die Luftunterstützung gegeben werden kann, die heutzutage notwendig ist, um überhaupt operationsfähig sein zu können.

Georg W. Feuchter